

Agenda

Die Systemrelevanz von Nacktbildern

Von Regula Stämpfli



Wer glaubt, der Job im öffentlichen Dienst sei langweilig und bürokratisch, der wird gerade eines Besseren belehrt. Munter werden da – von der Sekretärin im Bundeshaus bis zum Stadtammann von Baden –, Nacktbilder ins Internet gestellt und die Amtsstube wird als Kulisse für die eroti-

sche Selbstdarstellung genutzt. Aber während die Bundeshaussekretärin eher milde belächelt wird, hat die Handlung von Nationalrat Geri Müller eine ganz andere Dimension. Da wird Macht missbraucht und eine ehemalige Geliebte anscheinend sogar unter rechtswidriger Zuhilfenahme der Polizei massiv eingeschüchert. In diesem Moment endet die Privatheit des Ganzen und wird zu Recht Gegenstand des öffentlichen Interesses.

Aber was ist nun öffentlich und was privat? Seit Jahren weise ich darauf hin, dass die fehlende gesellschaftliche Entscheidungskraft zu einer Banalität der Orientierungslosigkeit führt, die die Demokratie schädigt. Denn «Gerigate» führt uns direkt zur Nationalbank. Letzte Woche entschied die Schweizerische Nationalbank, dass das Geflecht der über 300 Raiffeisen-Banken systemrelevant für das Schweizer Finanzsystem sei. Freut mich für die sympathische Genossenschaft, doch im Klartext heisst dies: Raiffeisen kriegt als private Bank staatliche Garantien. Was, bitte, ist dann der Unterschied zu Staatsbanken? Die ideologischen Kapriolen, die die Bürgerlichen bezüglich Staatskapitalismus à la China vollziehen, widerspiegeln die für die Volkswirtschaft äusserst schädliche Vermischung zwischen öffentlich und privat. Doch hey: Der Blankoscheck für alle Gläubiger ist da. Das muss man sich zuerst mal klarmachen. Weshalb dann aber nicht gleich alle Banken verstaatlichen? Denn wenn schon der Bürger als lebendige Münze für die verfehlte Bankenpolitik geradestehen und für die Verluste haften soll, dann muss er nach kapitalistischer Lesart auch bitteschön an den Gewinnen beteiligt werden.

Davon ist bei all den scheinheiligen Debatten über die Systemrelevanz von Banken wenig die Rede. Denn diese beschränkt sich anscheinend nur auf eine kleine Klientel und nicht auf die Allgemeinheit.

Was uns wieder direkt zu «Gerigate» führt. Nacktfotos sind grundsätzlich doof, gehören aber mittlerweile anscheinend zum «normalen» Beziehungsalltag wie das Croissant zu einem französischen Frühstück. Und sie sind privat. Immer. Auch wenn sie von einem 53-jährigen Mann in einer Machtposition verschickt werden. Nicht wirklich privat sind die Aufnahmen aber, wenn sie während des Jobs und aus der Amtsstube versendet werden. Denn da findet eine Vermischung des öffentlichen Raumes mit privaten Obsessionen statt, die dem liberalen Amtsverständnis zuwiderläuft. Wie meinte Hannah Arendt schon wieder? «Nur ein Privatleben führen heisst, in einem Zustand zu leben, in dem man bestimmter, wesentlich menschlicher Dinge beraubt ist.»

Nackt-Selfies in der Amtsstube belegen zudem eine grundlegende Respektlosigkeit gegenüber öffentlichen Institutionen. Wer nun meint, dies sei altmodisch, sei darauf hingewiesen, dass Gesellschaften, die die Trennung von öffentlich und privat aufheben, ausnahmslos totalitäre Regimes sind. Das Lachen über Nackt-Selfies in Amtsstuben sowie das Wohlwollen der Aufnahme eines weiteren Bankeninstituts in die «too big to fail»-Klausel könnte uns allen deshalb ganz schnell im Hals stecken bleiben.

Börse bewertet Taxi-App Uber euphorisch – in Basel ist davon noch kaum die Rede

Die Wettbewerbsverhinderer

Von Pierre Heumann

Die Basler Taxi-Welt ist noch so, wie man sie seit Jahrzehnten kennt. Strikte Verordnungen zementieren den Markt und verteuern das Taxifahren. Der Leidtragende ist der Kunde. Er könnte im Durchschnitt von günstigeren und kundenfreundlicheren Taxis profitieren, würde Marktkräfte freie Bahn gelassen.

Basel ist keine Ausnahme. In den meisten Städten Europas und der USA kommen Taxidienste eher als bürokratische Verschwörung gegen Kunden daher denn als das Ergebnis einer Wettbewerbssituation, brachte neulich ein Regulierungskritiker das Problem des Taximarktes auf den Punkt.

Taxi-Bestellung über Smartphone

In 100 anderen Städten mischt aber eine Applikation das Gewerbe auf, in dem nach Gesetzen gearbeitet wird, die nicht mehr zeitgemäss scheinen. Konsumenten und Taxifahrer fahren besser, wenn die Kundenbeziehung nicht durch Verordnungen und Gesetze geregelt werden. Mithilfe von Smartphones können Angebot und Nachfrage effizient aufeinander abgestimmt werden.

In vielen Städten Europas stellen sich Behörden, Politiker und die Branche zwar quer. Zürich ist die einzige Stadt in der Schweiz, wo mithilfe der App Uber Taxis angefordert werden können. Auch in den USA funktioniert es bereits. So wird Reisenden nach New York zum Beispiel empfohlen, die App von Uber (oder des Konkurrenten Lyft) zu benutzen, um vom Flughafen JFK nach Manhattan zu fahren. Das sei angenehmer und oft billiger als die herkömmlichen gelben Taxis.

Die Taxi-Apps betreiben keinen Fuhrpark, sondern funktionieren als Vermittler von Fahrten. Bestellbar werden können diese übers Smartphone. Wer bei einem Informationsbroker als Chauffeur arbeitet, arbeitet auf eigene Rechnung. Er kann mithilfe der App seine Dienste anbieten – in der Regel sind sie marktgerichteter als diejenigen der herkömmlichen Anbieter.

Vielen Chauffeuren gefällt das neue System. Es erlaubt ihnen Spitzenpreise, wenn Taxis knapp sind. Die Apps sind deshalb nicht immer billiger als die konventionellen Taxidienste. In den USA

sind denn auch Klagen über «unverschämte» Preise zu hören. Über hat viele Feinde. In zahlreichen europäischen Städten gab es Mitte Juni Proteststreiks gegen die Eindringlinge in den bisher abgeschotteten Markt, in Berlin wurde Uber soeben verboten, in Hamburg war die App ebenfalls zeitweise für illegal erklärt worden. Auch in Frankfurt und München wird über ein Uber-Verbot nachgedacht. In London darf Uber zwar anbieten, aber die Gesellschaft wurde vor Gericht gezerrt, und in der belgischen Hauptstadt wurden Strafen für Uber-Fahrer angedroht.

Politiker und Lobbyisten, die nicht an den Markt glauben, sind beunruhigt. In der EU, wo sonst bei Regulierungen der Grundsatz «je mehr, desto besser» gilt, geniesst Uber zwar Sympathien, zumindest bei der EU-Kommissarin Neelie Kroes. Den Taxianbietern der «alten Ökonomie» gehe es nicht um die Sicherheit der Kunden, «sondern um den Schutz der eigenen Kartelle», meinte sie

Vielen Chauffeuren gefällt das neue System. Es erlaubt ihnen Spitzenpreise. Apps sind deshalb nicht immer billiger als konventionelle Taxidienste.

kürzlich. Ihr Team habe schon sehr gute Erfahrungen mit Uber gemacht und viel Geld der Steuerzahler mit dem Internetdienst sparen können, gab Kroes in einem Interview zu Protokoll.

Schutz des Fahrgasts und des Gewerbes?

Der Deutsche Gewerkschaftsbund warnt aber vor «neuen Formen der Ausbeutung» durch die weite Verbreitung von Internetdiensten wie Uber. In alter Klassenkampfmanier warnen die Genossen vor üblen Auswirkungen. Die Arbeitnehmerrechte würden «massiv» geschwächt. Den Betreibern gehe es vor allem um eines: «so viel Geld zu verdienen wie möglich». Die sozialen Folgen, mahnt ebenfalls die deutsche Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries, würden ausgeblendet.

Die Begründungen für die Verbote sind schlussendlich – und durchsichtig, wie die Argumentationen am Beispiel Berlin zeigen. Der Schutz des Fahrgastes habe Priorität, hiess es dort zum

Hick-up

Warum der Quartierverein das Herz stärken könnte

Von Martin Hicklin

Fettes Essen stehenlassen, mit Alkohol Mass halten, Zigaretten verschmähen, Cholesterinsenken, regelmässig auf die Waage stehen, Stress vermeiden und vor allem bewegen, bewegen und mindestens eine Stunde pro Woche richtig ins Schwitzen kommen: All dies wird uns mit gutem und gar wissenschaftlichem Grund dorthin gelegt, wo es am meisten nützen soll – ans Herz natürlich. Heute dürfte es kaum mehr jemanden bei Verstand geben, der den vielfältigen guten Rat nicht kennt. Aber sehr viele, die ihn trotz Verstand nicht oder nur halbherzig befolgen. Das unangenehme Gefühl dabei, dass Wissen und Tun nicht harmonieren, nennt man – manche kennen es vom Smalltalk an reich gedeckten Buffets – kognitive Dissonanz.

Aber keine noch so magere Geiss schleckt halt weg, dass verstopfte Gefässe gefährlich werden und generell Herz- und Kreislaufkrankheiten noch immer erstrangige Todesursachen sind. Kein Wunder denn auch, dass immer weiter danach gesucht wird, was in dieser Hinsicht Schaden anrichtet und darum besser gemieden würde. Dabei hat man sich nicht nur auf alle die Dinge gestürzt, die man einnimmt. Es wurde auch erforscht, welche negativen Einflüsse eine ungünstige Umgebung auf die Herzgesundheit

haben kann. Vom Gedränge in Fastfood-Restaurants, Gewalt, Lärm, Verkehr, schlechter Luftqualität bis zum Vandalismus reicht die hier unvollständige Liste wissenschaftlich untersuchter, ans Herz greifender negativer Faktoren.

Bei solchem Vorgehen bleibe zu wenig beobachtet, was positiv im Umfeld eines Menschen dem Herzen nütze, meinen Eric Kim, Armani Hawes und Jacqui Smith von der University of Michigan jetzt in der *Journal of Epidemiology and Community Health*. Sie untersuchten darum, was es dem Herzen bringen könnte, wenn man sich in guter Nachbarschaft aufgehoben fühlt. Bisher gebe es nur zwei schwedische Studien, die einen solchen Zusammenhang untersucht hätten. Eine mit 7800 und die zweite mit 2,8 Millionen Teilnehmenden. Sie schienen zu zeigen, dass tiefes nachbarschaftliches «soziales Kapital» häufiger von Herzinfarkten begleitet wird. Weil aber etwa in der zweiten Studie als gute Nachbarn schon alle jene galten, die an die Urne stimmen gehen, waren Zweifel angebracht. Diese hat das Psychologenteam aus Ann Arbor nun mit seiner Studie ein Stück weiter ausgeräumt. Bei 5276 teilnehmenden Amerikanerinnen und Amerikanern im Alter über 50 wurde in Interviews genauer erhoben, wie sie ihre Nachbarschaft einschätzten. Die Versuchspersonen, die alle Teilnehmende an der grossen «Health and Retirement Study» waren,

Beispiel, die Fahrer seien nicht überprüft und die Wagen nicht konzedioniert. Als Argumente gegen Uber werden auch versicherungstechnische Argumente angeführt, die sich aber bei genauem Hinsehen als falsch und tendenziös erweisen.

Entlarvend in seiner Offenheit ist insbesondere eine weitere Begründung des Berliner Senats für das Verbot des Taxi-Apps Uber: Er wolle damit das Taxigewerbe schützen. Als ob es zu den Aufgaben der Politik gehörte, eine Branche am Leben zu erhalten, die sich gegen Innovationen stemmt, und eine Branche von Konkurrenz abzuschirmen.

Gegen regulatorische Zwangsjacken

Apps wie Uber reissen die Schranken nieder, machen Regulierungen obsolet, schaffen einen Markt, wo jetzt noch Bürokraten herrschen. Diese reduzieren das Taxi-Angebot künstlich oder halten es tief, indem sie die Zahl der Lizenzen begrenzen, oder sie verlangen Ortskenntnisse, um ortsansässigen Fahrern bei der Erteilung von Bewilligungen relative Vorteile zu verschaffen. Letzteres ist, nebenbei bemerkt, im Zeitalter von Waze und Navi-Geräten eine Anforderung, die sich nicht mehr rechtfertigen lässt. Der Wettbewerb wird zudem durch die Vorschrift eingeschränkt, wonach Kunden nicht beim Herumfahren gesucht werden dürfen, sondern nur auf öffentlichen Standplätzen.

Die Taxi-App überwindet diese regulatorischen Zwangsjacken. Die Finanzmärkte halten deshalb viel von Uber und dessen Potenzial, den Wettbewerb zu fördern, der Preise ins Rutschen bringen und den Service verbessern kann.

Uber, erst vor vier Jahren lanciert, wird von der Börse bereits mit 18 Milliarden Dollar bewertet. Das ist mehr als die Autovermieter Avis und Hertz zusammen wert sind. Die hohe Bewertung, schreibt das *Wall Street Journal*, sei mit der Erwartung zu erklären, dass das Internet-Unternehmen zu einem Logistikanbieter expandieren könnte – zum Beispiel als Paketdienst in Städten. Wenig schmeichelhaft für die Branche ist allerdings die These, dass die hohe Börsenbewertung das Ausmass der Verschwendung reflektiert, die durch die zahlreichen Regulierungen im Taxigewerbe verursacht wird.

pierre.heumann@baz.ch

Basler Zeitung

National Zeitung und Basler Nachrichten AG
Gegründet 1842 (NZ) und 1844 (BN)

Verwaltungsratspräsident und Delegierter:
Rolf Bollmann

Verleger und Chefredaktor: Markus Somm (mso)

Stv. Chefredaktor: David Thommen (-en)

Chefredaktion: Eugen Sorg (eso), Leiter Autorenteam – Michael Bahnerth (mib) – Roland Harisberger (rh), Chef vom Dienst – Laila Abdel'Al, Assistentin

Politik: Martin Furrer (mfu), Leitung – Viviane Joyce Laissue (vj), stv. Leitung – Hansjörg Müller (hjm) – Benedikt Neff (ben) – Samuel Tanner (sta)

Bundeshaus: Dominik Feusi (fi), Leitung – Daniel Ballmer (dab), Beni Gafner (bg) – Hubert Mooser (hmo)

Basel-Stadt: Nina Jecker (nj), Leitung – Dominik Heitz (hel), stv. Leitung – Denise Dollinger (dd) – Joël Garnet (gj) – Mitsuha Hauswirth (hws) – Jonas Hoskyn (hys) – Rahel Koerger (rak) – Franziska Laur (fl) – Martin Regenass (mar)

Baselland: Christian Keller (ck), Daniel Wahl (wah), Leitung – Boris Gyga (bgy) – Joël Hoffmann (jho) – Alexander Müller (amu) – Alessandra Paone (ale) – Dina Sambar (dis)

Thomas Dähler (td) – Thomas Gubler (Gu), Liestal

Wirtschaft: Dieter Bachmann (dba), Leitung – Ruedi Mäder (rm) stv. Leitung – Patrick Gnesser (pg) – Seraina Gross (sgr) – Kurt Tschan (kt) – Daniel Zulauf (dz) (Zürich)

Sport: Marcel Rohr (mr), Leitung – Andreas W. Schmid (aws), stv. Leitung – Andreas Eugster (ae) – Oliver Gut (og) – Fabian Kern (ker) – Tilman Pauls (tip) – Tobias von Rohr (tvr) – Dominic Willmann (dw)

Kultur: Raphael Suter (ras), Leitung – Sigfried Schibli (bsi), stv. Leitung – Christoph Heim (hm), Nick Joyce (nj) – Stephan Reuter (sr) – Christine Richard (chr) – Jochen Schmid (js) – Markus Wüest (mw)

Auslandskorrespondenten: Roman Arens (RA), Rom – Rudolf Balmer (RB), Paris – Sebastian Borge (boj), London – Fritz Dinkelmann (fdi), Berlin – Wolfgang Drechsler (wdk), Kapstadt – Paul Flückiger (flu), Warschau – Willi Germund (wig), Bangkok – Frank Herrmann (fhw), Washington – Pierre Heumann (heu), Naher Osten – Thomas Roser (tro), Belgrad – Stefan Scholl (sch), Moskau – Reiner Wandler (rwa), Madrid

Meinungen und Profile: Thomas Waldmann (tw)

Kolumnisten: Martin Breitenstein – Thomas Cueni – David Dürr – Felix Erbacher (FE) – Hans-Peter Hammel (-minu) – Martin Hicklin (hckl) – Helmut Hubacher – Markus Melzi – Linus Reichlin – Regula Stämpfli – Roland Stark – Tamara Wernli

Spezialseiten: Bildung: Markus Wüest (mw) Gesundheit heute: Sarah Ganzmann-Kuhni (sku) Mobil/Reisen/essen & trinken: Benno Brunner (bb) – Sarah Ganzmann-Kuhni (sku) – Roland Harisberger (rh)

Beilagen/Projekte: Roland Harisberger (rh) – Benno Brunner (bb)

Produktion: Benno Brunner (bb), Stv. Chef vom Dienst – Claudia Blangetti (cbl) – Dominique Burckhardt (db) – Peter de Marchi (pdm) – Sarah Ganzmann-Kuhni (sku) – Christian Horisberger (ch) – Marko Lehtinen (ml) – Eva Neugebauer (ene) – Stefan Strittmatter (mat) – Markus Vogt (mv)

Gestaltung Nino Angiuli (Art Director), Bettina Lea Toffel (stv. Leitung) – Jean-Claude Basler – Holger Böhrer – Paul Graf – Monika Müller – Daniel Schaufelberger – Paul Schwörer

Bildredaktion: Melody Gygax, Leitung – Jeannette Bölle – Doris Flubacher – Fotografen: Pino Covino – Lucian Hunziker – Kostas Maros – Dominik Plüss – Nicole Pont

Korrektorat: Lesley Paganetti (Teamleitung) – Rosmarie Ujak (Teamleitung) – Katharina Dillier Muzzulini – Andreas Herzog – Markus Riedel – Dominique Thommen

Sachbearbeitung: Milena De Matteis – Marcel Münch – Anny Panizzi

Dokumentation/Archiv: Marcel Münch doku@baz.ch

Redaktion: Aeschentplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 631 15 82, redaktion@baz.ch / vornamenname@baz.ch

Büro Liestal: Basler Zeitung, Reggasse 17, 4410 Liestal, Redaktion: Tel. 061 927 13 33, Fax 061 921 28 48

Büro Laufen/Schwarzbubenland: Basler Zeitung, Postfach, 4245 Kleinlützel, Tel. 061 639 11 11

Verlag: Aeschentplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Leiterin Verlag: Sabine Galindo

Leiter Werbenmarkt: Beat Leuenberger

Abonnements-, Zustell- und Reklamationsdienst: Montag bis Freitag von 6.30–18 Uhr, Samstag von 7.30–12 Uhr, Sonntag von 8–11 Uhr, Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82, abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Abonnementspreise: Basler Zeitung (mit Sonntagszeitung, inkl. 2,5% MWST): 6 Monate Fr. 245.–, 12 Monate Fr. 466.–, (Ausland auf Anfrage)

BaZ am Aeschentplatz: Aeschentplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19, schalter@baz.ch

Chalter für Inserate und Tickets: Montag-Freitag von 8.00 Uhr–18.00 Uhr

Todesanzeigen: todesanzeigen@baz.ch, Fax 061 639 12 19, Sa/So: Fax 061 639 17 84

Inserate: Basler Zeitung Medien, Aeschentplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20, inserate@baz.ch, www.bzm.ch

Reservierungen/Technische Koordination: Reto Kyburz

Geschützte Marken: Nordwestschweizer ZEITUNG

Basler Woche

Baferfab

Annoncenpreis: Basler Zeitung, s/w oder farbig Fr. 4,25, (mm-Basispreis, zzgl. MwSt.) Ein Mitglied des metropool

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG Bubenbergrasse 1, 8021 Zürich

Basler Zeitung Medien: Bekanntgabe namhafter Beteiligungen: Distria AG, Neue Fricktaler Zeitung AG